

Aktuell = Actualité = Attualità

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **45 (1998)**

Heft 9

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Ergebnisse der Konsultation zum Bericht Brunner

Grosses Interesse an der Gestaltung der Sicherheitspolitik der Zukunft

Unter den 306 im Rahmen der Konsultation zum Bericht der Studienkommission für strategische Fragen beim VBS eingereichten Stellungnahmen waren auch jene des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, mehrere seiner Kantonalverbände sowie anderer Vereinigungen des Bevölkerungsschutzes. Für das Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) haben die zahlreichen Stellungnahmen «klare Aussagen über die künftige Sicherheitspolitik der Schweiz hergebracht».

HANS JÜRIG MÜNGER

Das Interesse am Bericht Brunner war und bleibt stark – die zahlreich beim VBS eingegangenen Stellungnahmen beweisen es eindrücklich. Nach der rund viermonatigen Konsultationsphase – sie folgte auf die Präsentation des Berichts Brunner am 26. Februar – wertete eine unter Leitung des Kernteams Armee 200X stehende Gruppe des Departements von Bundesrat Adolf Ogi im Juli in einer veritablen Fleissarbeit die eingegangenen Meinungsäusserungen aus. Im folgenden zitieren wir die wichtigsten Passagen aus dem Auswertungsbericht, den das VBS am 18. August 1998 veröffentlicht hat.

Die Ergebnisse im Überblick

Kooperation in Europa

Eine ganz grosse Mehrheit will die Zurückhaltung gegenüber internationalen Engagements ablegen. Eine kleine Minderheit steht diesen Öffnungstendenzen skeptisch, teilweise ablehnend gegenüber. Begründet werden die Vorbehalte unter anderem mit neutralitätspolitischen Überlegungen.

Eine sehr grosse Mehrheit befürwortet ein verstärktes Engagement und erweiterte Aktivitäten in den Bereichen Katastrophenhilfe, diplomatische Friedensdienste, IKRK und Entwicklungshilfe. Eine bilaterale bzw. multilaterale technische Zusammenarbeit in den Bereichen Satellitenaufklärung und Luftraumüberwachung wird begrüsst. Die ablehnende Haltung einer sehr kleinen Minderheit wird vor allem mit finanzpolitischen Überlegungen begründet.

Eine Annäherung an den EU-Sicherheitsraum zu suchen und gleichzeitig auch das innere Sicherheitspositiv zu verstärken, wird von einer grossen Mehrheit befürwortet.

Umorientierung und Anpassung der Armee

Eine starke Mehrheit spricht sich für eine Reform der Armee aus. Gefordert wird zuerst ein neues Armeeleitbild. Erst dann könne entschieden werden, wo und welche Anpassungen vorgenommen werden müssen. Die Forderung nach der «Beibehaltung von Kernkompetenzen» wird in einigen Stellungnahmen skeptisch beurteilt, weil der Begriff «Kernkompetenz» aus der Wirtschaft übernommen sei und dafür noch keine anerkannte militärische Definition existiere.

Die Empfehlung, Möglichkeiten für eine direkte Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern im Bereich Raketenabwehr zu prüfen, stösst auf sehr wenig Interesse. Eine grosse Mehrheit der eingegangenen Stellungnahmen äussert sich trotzdem positiv zu einer allfälligen Zusammenarbeit. Die ablehnende Minderheit dieser Empfehlung ist der Ansicht, dass die im Bericht Brunner dargestellte Raketenbedrohung stark überzeichnet sei.

Einsatzkorps

Die Gruppe «Kantone/Parteien/Sipol Experten» äussert sich zur Schaffung eines Einsatzkorps überwiegend ablehnend.

Hingegen äussert sich mehr als die Hälfte aller eingegangenen Stellungnahmen positiv zum Einsatzkorps.

Ein Teil der positiven Stellungnahmen ist der Meinung, das Einsatzkorps sei besser ausserhalb der Armee anzusiedeln. Knapp die Hälfte der Stellungnahmen weist auf bereits existierende Verbände (Militärpolizeibataillon, Festungswachtkorps, Territorialgrenadiere) hin, die – eine entsprechende Ausbildung vorausgesetzt – die Polizei bei Gefahr schwerwiegender terroristischer Aktivitäten unterstützen könnten. Bevor ein neues Instrument zu schaffen sei, solle man die bestehenden Mittel besser bewirtschaften und koordinieren.

Solidaritätskorps

Eine grosse Mehrheit äussert sich positiv zum Engagement von Blau- und Gelbmützen und begrüsst den Gedanken, ein Schweizer Solidaritätskorps zu bilden. In der Gruppe der «Kantone/Parteien/Sipol Experten» spricht sich die Hälfte für die Schaffung eines Solidaritätskorps aus. Mehrmals wurde aber der im Bericht Brunner gewählte Name des Korps als ungeschickt bezeichnet.

Unterstützt wird die Empfehlung zur Bewaffnung zum Selbstschutz. Unklar ist, was der Begriff «Selbstschutz» an Waffen und Material beinhaltet. Hier gehen die Meinungen auseinander.

Eine Minderheit lehnt ein zu schaffendes und zum Selbstschutz ausgerüstetes Soli-

Zivilschutz: Auswertungsergebnisse im Überblick

JM. Eine klare Mehrheit identifiziert sich mit den Vorschlägen der Kommission Brunner. Sie spricht sich für eine Kompetenzdelegation auf Stufe Kanton aus. Gesamtverantwortung und Koordination sollen weiterhin auf Bundesebene bleiben. Die geforderte «Kantonalisierung» sei bereits mit der Reform 95 vollzogen worden. Eine Minderheit befürchtet, dass bei einer «Kantonalisierung» des Zivilschutzes dessen Qualität je nach den finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Kantone unterschiedlich ausfallen könnte.

Bei der Frage nach einer massiven Reduktion der Bestände halten sich Befürworter und Gegner die Waage: Die Befürworter stimmen einer allfälligen Bestandesreduktion zu, wenn dadurch die Kernkompetenz nicht tangiert werde. Die Gegner einer weiteren Reduktion befürchten, dass damit der Leistungsstandard sinken könnte. Sie weisen auf den Widerspruch zwischen erhöhter potentieller Raketenbedrohung und der geforderten Bestandesreduktion, die in Zivilschutzkreisen mit einem Leistungsabbau gleichgesetzt werde, hin. ▀

daritätskorps mit folgenden Argumenten ab: Bewaffnete Schweizer Truppen im Ausland seien nicht neutralitätskonform und deshalb grundsätzlich abzulehnen. Die Armee solle sich, nicht zuletzt aus finanziellen Überlegungen, auf ihre Kernaufgaben im Inland beschränken. Die Kommission Brunner fordere ein von Volk und Ständen abgelehntes Blauhelm-Bataillon unter anderem Namen.

Neutralität

Eine grosse Mehrheit spricht sich für eine flexible und pragmatische Anwendung der Neutralität aus. Die Minderheit begründet ihre ablehnende Stellungnahme mit der Gefahr, dass die Schweiz bei einer Abkehr vom Grundsatz der dauernden Neutralität in internationale Auseinandersetzungen hineingezogen werden könnte.

Wehrmodelle/Dienstleistungsmodelle

Überwiegend positiv aufgenommen wurde die Empfehlung, ein Teil der Angehörigen der Armee könnte inskünftig den Dienst an einem Stück leisten.

Eine Teilprofessionalisierung der Armee wird grundsätzlich begrüsst. Eine Mehrheit meint, allfällige Auslandseinsätze sollten ab einer gewissen Stufe durch Berufskader geführt werden. Insbesondere Milizkreise fragen, inwieweit sich eine Teilprofessionalisierung auf die Qualität der gesamten Armee negativ auswirken könnte. Diese Kreise fordern, sich auf das absolute Minimum an Berufskadern zu beschrän-

ken. Mehrmals wird betont, dass der bestehende Finanzrahmen in diesem Bereich keine grossen Neuerungen zulasse.

Zusätzlich äussern sich einzelne zur Wehrcontra Dienstpflicht. Für eine Mehrheit davon hat der Militärdienst auch in Zukunft erste Priorität. Eine sehr kleine Minderheit will bei der nächsten Armeereform die allgemeine Wehrpflicht zugunsten einer allgemeinen Dienstpflicht, mit der Wahlmöglichkeit zwischen Militärdienst und Bevölkerungsschutz, aufheben.

Krisenmanagement

Die Frage nach der Schaffung eines verwaltungsunabhängigen «Sicherheitsrates» stösst auf wenig Interesse.

Die vorgeschlagene Revision und Erweiterung von Aufgaben und Strukturen des Nachrichtendienstes wird mehrheitlich positiv beurteilt.

Allgemeine Überlegungen

Eine neue Armee werde unter Umständen sogar teurer als die bisherige zu stehen kommen. Befürchtet wird, dass das VBS, mit den beabsichtigten Friedensförderungsprogrammen im Rahmen von PFP und mit den erweiterten Aufgaben im Bevölkerungsschutz, die Armee 200X nur über massive interne Einsparungen zu Lasten der Kernaufgaben Kriegsverhinderung/Verteidigung realisieren könne.

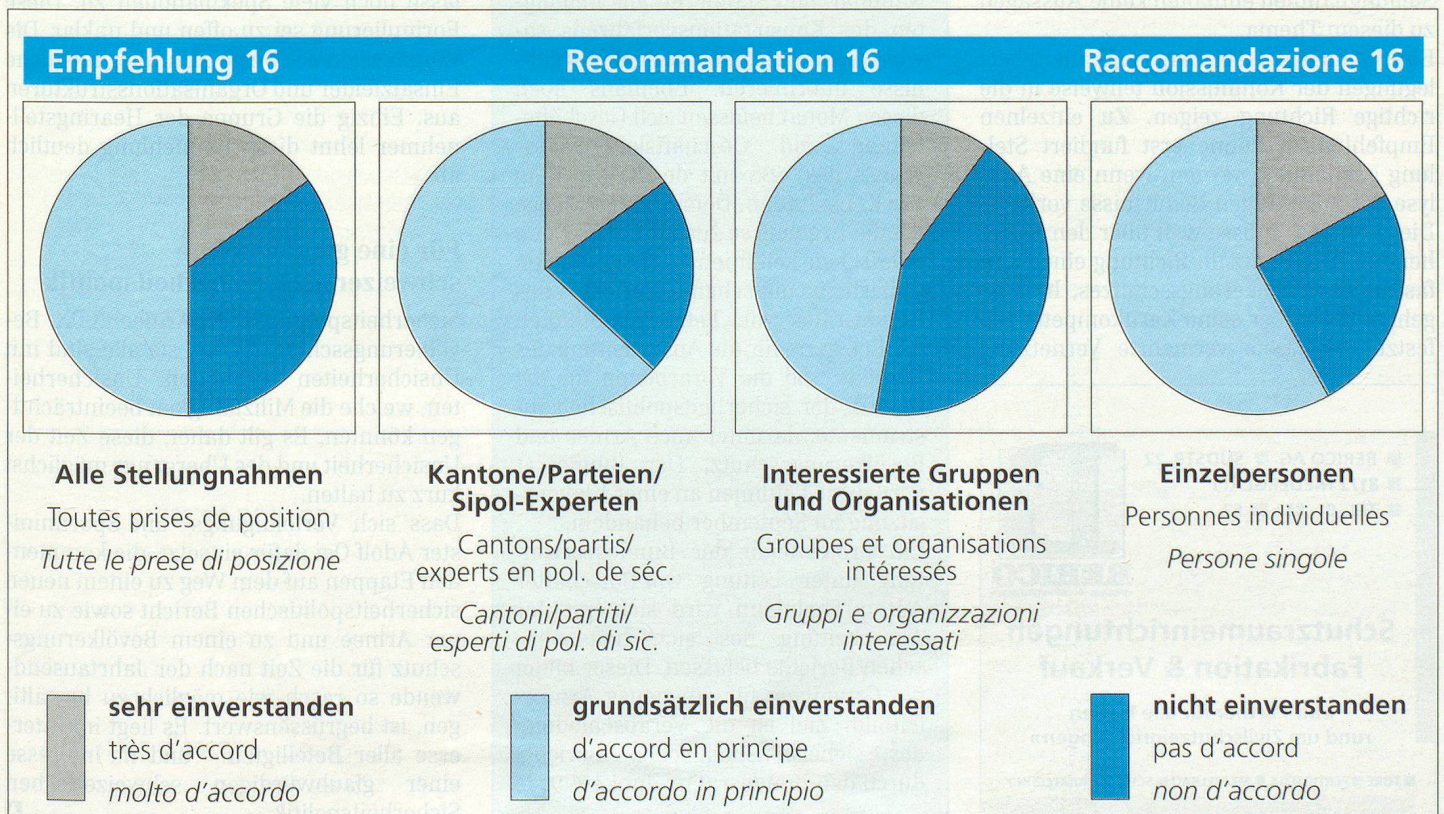
Der nächste Umbauschritt der Armee müsse genutzt werden, um im Bereich der Ausbildung überlebte Paradigmen («Lehr-

linge bilden Lehrlinge aus») konsequent zu eliminieren und innovativen, effizienten Ausbildungsmodellen den Weg zu ebnet. Das bewährte Milizsystem müsse beibehalten werden. Die Aufstellung professioneller Verbände berge die Gefahr einer Zweiklassenarmee. Bei künftigen Rüstungsprogrammen sei auf kostenintensive «Helvetisierungen» soweit wie möglich zu verzichten.

Zivilschutz: Wunschvorstellungen von Kommissionmitgliedern sind nicht massgebend

In seiner Vernehmlassung an das VBS hatte der Schweizerische Zivilschutzverband die pauschale Aussage im Brunner-Bericht, die Zivilschutzbestände seien «massiv zu reduzieren», vehement zurückgewiesen und wörtlich festgehalten: «Der Auftrag diktiert die Bestände, nicht aber Wunschvorstellungen von Mitgliedern der Kommission Brunner oder gewisser Medien. Seriöserweise können die personellen Bedürfnisse des Zivilschutzes erst dann konkret festgelegt werden, wenn die Definitionen der Kernaufträge an den Zivilschutz resp. Bevölkerungsschutz bzw. an die Nothilfepartner (Armee, Feuerwehr, Polizei) usw. vorliegen.»

Der SZSV stellt heute mit Befriedigung fest, dass die Mehrheit der Vernehmlasser seine Meinung punkto Bestandesabbau teilt. Zuerst sei eine Analyse der künftigen Bedürfnisse eines umfassenden Bevölke-



rungsschutzes vorzunehmen, bevor über Personalabbau geredet werden dürfe, lautet der Tenor.

Zu den zwei den Zivilschutz direkt an stärksten betreffenden Empfehlungen der Kommission Brunner sind dem Departement Ogi ebenfalls zahlreiche Meinungs- äusserungen zugegangen. Sie lesen nach- stehend die Kommissionsempfehlungen im Originalton, gefolgt von einer Zusammenfassung der dem VBS eingereichten Stellungnahmen.

Empfehlung 16:

Die Kommission empfiehlt, den Kantonen die Kompetenz für die Organisation des Zivilschutzes nach ihren eigenen Bedürfnissen zu erteilen, in enger Zusammenarbeit mit den technischen Diensten der Gemeinden und den Wehrdiensten. Der Bund soll sich auf die Rahmengesetzgebung sowie punktuelle Unterstützungsmassnahmen bei Ausbildung und Materialeinkauf beschränken. Die Bestände sind massiv zu reduzieren. Dies steigert die Effizienz als Folge einer professionelleren Ausbildung und einer echten Motivation der aufgegebenen Frauen und Männer. Die Dienstpflicht kann in Zukunft ebensogut im Zivilschutz wie in der Armee geleistet werden. Die Infrastruktur an Schutzplätzen und Ausrüstung sollte beibehalten, aber nicht weiter ausgebaut werden.

Vernehmlassungen zu Empfehlung 16:

Knapp zwei Drittel der eingegangenen Stellungnahmen enthalten keine Aussagen zu diesem Thema.

Eine Mehrheit stellt fest, dass die Überlegungen der Kommission teilweise in die richtige Richtung zeigen. Zu einzelnen Empfehlungen könne erst fundiert Stellung genommen werden, wenn eine Analyse der zukünftigen Bedürfnisse vorliege. Diese Analyse müsse weit über den bestehenden Zivilschutz, in Richtung eines umfassenden Bevölkerungsschutzes, hinausgehen. Auch hier seine Kernkompetenzen festzulegen. Eine vermehrte Vernetzung

zwischen Zivilschutz, Wehr- und technischen Diensten sei zu studieren. Die meisten Einsatzmittel befänden sich auf Stufe Gemeinde, Region und Kanton. Deshalb seien Überlegungen zugunsten einer vermehrten Kompetenzdelegation an die Kantone zu begrüssen. Damit könnten massgeschneiderte Mittel für die Katastrophenhilfe geschaffen werden. Der Bund dürfe sich aber nicht ganz aus der Verantwortung zurückziehen. Bevölkerungsschutz sei auch Sache des Bundes, der für Standards bei Schutzbauten und Material sowie für Ausbildungsrichtlinien zuständig bleiben müsse. Die Ausbildung sei so zentral wie nötig und so dezentral wie möglich durchzuführen. Am Grundsatz, für jeden Einwohner einen Schutzplatz, sei festzuhalten. Die Forderung nach einer Bestandesreduktion sei verfrüht und zum jetzigen Zeitpunkt unseriös. Die zukünftigen Aufträge legten fest, welche Bestände benötigt würden.

Die Minderheit lehnt die Empfehlungen ab. Die Qualität des Zivilschutzes dürfe in Zukunft nicht von den finanziellen Mög-

lichkeiten und dem politischen Willen der einzelnen Kantonsregierungen abhängen. Die Möglichkeit, Dienstpflicht im Zivilschutz oder in der Armee zu leisten, sei abzulehnen. Die vorgeschlagenen Empfehlungen zielten auf eine Schwächung des Bevölkerungsschutzes hin. Es sei unverantwortlich, etwas abzubauen, für das wir weltweit bewundert würden. Betrachtet man die vier Auswertegruppen einzeln, so stellt man fest, dass die Gruppe der «Kantone/Parteien/Sipol Experten» mit überwiegender Mehrheit den Empfehlungen zustimmt. Aus der Gruppe der Hearingsteilnehmer lehnt eine Mehrheit diese Empfehlung ab.

Empfehlung 17:

Die Kommission empfiehlt, bei der Reorganisation des Zivilschutzes den Kantonen neue Kompetenzen zuzuweisen. Die Kantone sollen auch für Einsätze zur Sicherung der Existenzgrundlagen zuständig sein.

Vernehmlassungen zu Empfehlungen 17: Eine grosse Mehrheit ist mit der Kommission einverstanden, den Kantonen neue Kompetenzen zuzuweisen. Über das «Wie» gehen die Meinungen stark auseinander. Zur empfohlenen Reorganisation des Zivilschutzes gelten die gleichen Aussagen, wie sie im Zusammenhang mit der Empfehlung 16 geäussert wurden. Die Zuständigkeit der Kantone für «Einsätze zur Sicherung der Existenzgrundlagen» lasse noch viele Spekulationen zu. Diese Formulierung sei zu offen und unklar. Die Kommission schweige sich über mögliche Einsatzfelder und Organisationsstrukturen aus. Einzig die Gruppe der Hearingsteilnehmer lehnt diese Empfehlung deutlich ab.

Und so geht es weiter

JM. VBS-Vorsteher Adolf Ogi bei der Präsentation der Ergebnisse der Vernehmlassung:

Noch im August werde ich die sicherheitspolitischen Kommissionen von National- und Ständerat, alle Beteiligten des Konsultationsverfahrens sowie die Öffentlichkeit über die Ergebnisse informieren. Ebenfalls noch diesen Monat befassen sich Geschäftsleitung und Geschäftsleitungsausschuss des VBS mit der Auswertung der Konsultation. Dem Bundesrat lege ich die Ergebnisse zusammen mit den politischen Leitlinien für einen neuen sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates vor. Letztere enthalten die Eckwerte für die Ausarbeitung des Berichts und die Vorarbeiten für die Reform der sicherheitspolitischen Instrumente, darunter auch Armee und Bevölkerungsschutz. Der Bundesrat wird diese Leitlinien an einer Klausursitzung im September behandeln.

Ein Projektteam der Bundesverwaltung unter Leitung von Botschafter Anton Thalman wird sich mit der Ausarbeitung des sicherheitspolitischen Berichts befassen. Dieser bildet die Grundlage für ein neues Armeeleitbild. Ziel ist die Verabschiedung des sicherheitspolitischen Berichts durch den Bundesrat im Juni 1999. ▣

Für eine glaubwürdige schweizerische Sicherheitspolitik

Sicherheitspolitik 200X, Armee 200X, Bevölkerungsschutz 200X – sie alle sind mit Unsicherheiten verbunden. Unsicherheiten, welche die Milizfähigkeit beeinträchtigen könnten. Es gilt daher, diese Zeit der Unsicherheit und des Übergangs möglichst kurz zu halten.

Dass sich Verteidigungs- und Sportminister Adolf Ogi dafür einsetzt, die kommenden Etappen auf dem Weg zu einem neuen sicherheitspolitischen Bericht sowie zu einer Armee und zu einem Bevölkerungsschutz für die Zeit nach der Jahrtausendwende so rasch wie möglich zu bewältigen, ist begrüssenswert. Es liegt im Interesse aller Beteiligten – und im Interesse einer glaubwürdigen schweizerischen Sicherheitspolitik. ▣

■ BERICO AG ■ SÜDSTR. 22
 ■ 8172 NIEDERGLATT
 ■ TEL. 01 851 52 52



**Schutzraumeinrichtungen
 Fabrikation & Verkauf**

«Ihr Partner für alle Fragen
 rund um Zivilschutzeinrichtungen»

■ TORE ■ FERTIGTEILE ■ METALLBAU ■ SCHUTZRAUMTECHNIK

Les résultats de la consultation sur le rapport Brunner

La réalisation de la future politique de sécurité rencontre un vif intérêt

JM. Parmi les 306 prises de position qui sont parvenues au DDPS dans le cadre de la consultation sur le rapport de la Commission d'étude pour les questions stratégiques, se trouve celle de l'Union suisse pour la protection civile, à laquelle s'ajoutent celles de plusieurs associations cantonales ou autres sociétés qui se préoccupent de la protection de la population. Pour le Département de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS), ces nombreuses prises de position apportent des «déclarations claires au sujet de la future politique de sécurité de la Suisse».

L'intérêt apporté au rapport Brunner était et demeure intense. Les nombreuses prises de position qui sont parvenues au DDPS en sont la preuve impressionnante. Pendant cette phase de consultation, qui dura quatre mois en chiffres ronds et qui succéda à la présentation du rapport Brunner du 26 février, un groupe de travail issu du Département du conseiller fédéral Adolf Ogi a traité en juillet, sous la direction du

groupe de coordination Armée 200X, les prises de position reçues. Nous reproduisons ci-dessous les passages les plus importants du rapport d'évaluation que le DDPS a publié le 18 août 1998.

Résumé

Coopération en Europe

Une majorité importante est disposée à abandonner la réserve existant envers des engagements internationaux.

Une petite minorité prend une position sceptique, partiellement de refus, envers ces tendances d'ouverture. Ces réserves sont motivées entre autres par des réflexions de politique de neutralité.

Une forte majorité approuve un engagement accru et des activités plus étendues dans les domaines de l'aide en cas de catastrophe, des services diplomatiques en faveur de la paix, du CICR et de l'aide au développement. Une collaboration technique bilatérale ou multilatérale dans les domaines de l'exploration par satellites et de la surveillance de l'espace aérien est sa-

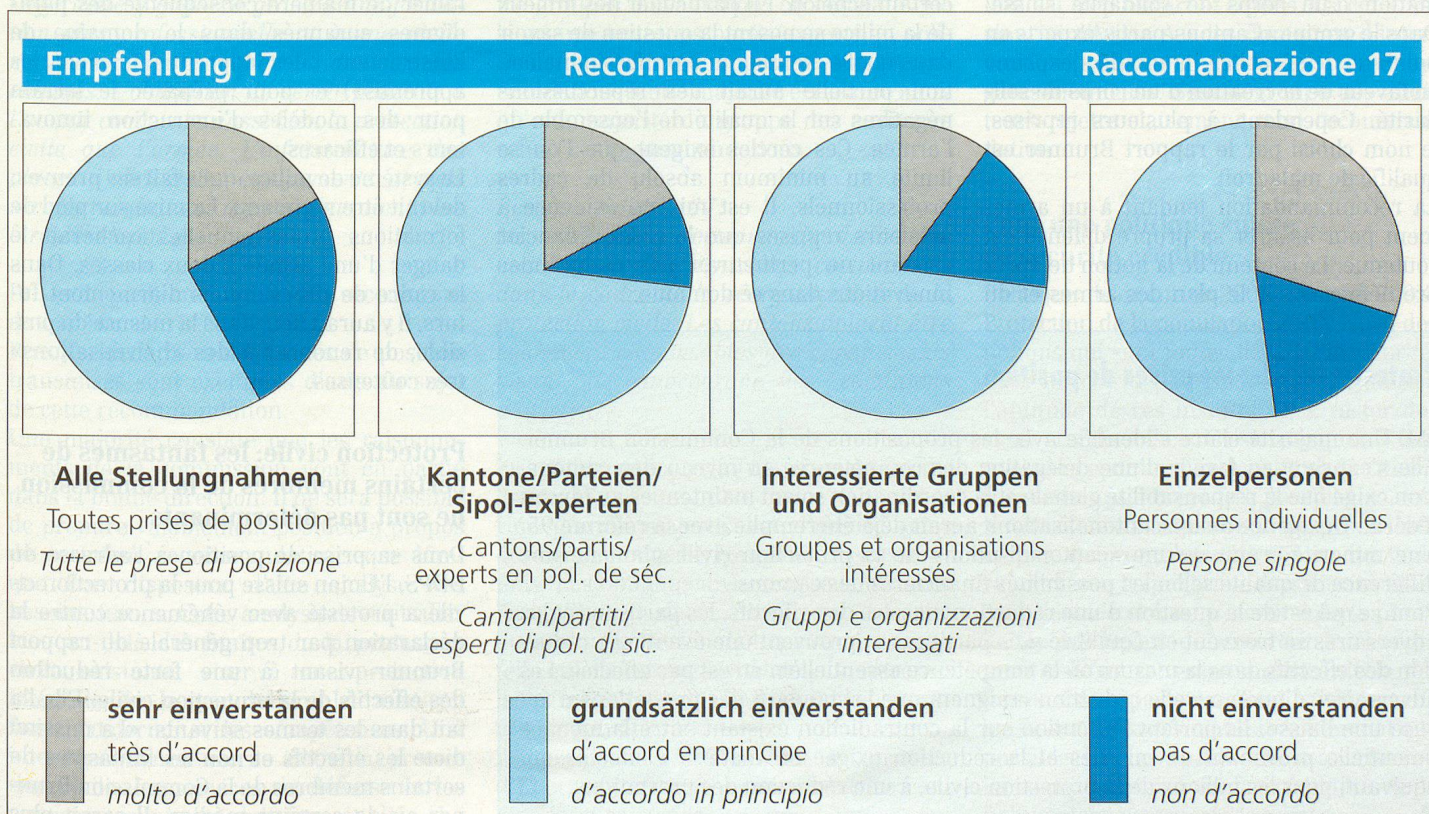
luée. L'attitude de refus d'une très petite minorité est avant tout fondée sur des réflexions de politique financière.

La recherche d'un rapprochement avec la zone de sécurité de l'UE et simultanément un renforcement du dispositif de sécurité intérieure sont approuvés par une forte majorité.

Changement d'orientation et adaptation de l'armée

Une forte majorité est disposée à réformer l'armée. L'on exige d'abord un nouveau plan directeur de l'armée. Ce n'est qu'à ce moment-là que l'on pourrait décider où et quelles adaptations devraient être entreprises. L'exigence d'un «maintien des compétences essentielles» est appréciée de manière sceptique par quelques prises de position, car la notion de «compétence essentielle» aurait été reprise de l'économie et il n'en existerait encore aucune définition militaire reconnue.

La recommandation tendant à examiner des possibilités pour une collaboration directe avec des partenaires étrangers dans



le domaine de la défense contre des missiles n'éveille que très peu d'intérêt. Une grande majorité des prises de position reçues s'exprime néanmoins de manière positive sur une éventuelle coopération. La minorité qui refuse cette recommandation est d'avis que la menace provenant de missiles décrite dans le rapport Brunner est fortement exagérée.

Corps d'intervention

Le groupe «Cantons/partis/experts en politique de sécurité» s'exprime en majorité de manière négative sur la création d'un corps d'intervention. Par contre, plus de la moitié de toutes les prises de position reçues s'exprime de manière positive quant au corps d'intervention.

Une partie des prises de position positives est d'avis que le corps d'intervention devra plutôt être détaché de l'armée. Environ la moitié des prises de position rend attentif au fait qu'il existe déjà des formations (bataillon de police militaire, corps des gardes-fortifications, grenadiers territoriaux) qui – à condition de bénéficier de l'instruction nécessaire – pourraient soutenir la police en cas de dangers d'activités terroristes graves. Avant de créer un nouvel instrument, il y aurait lieu de mieux gérer et coordonner ces moyens existants.

Corps de solidarité

Une grande majorité s'exprime de manière positive sur l'engagement de bérets bleus et de bérets jaunes et salue l'idée de la formation d'un corps de solidarité suisse. Dans le groupe «Cantons/partis/experts en politique de sécurité», la moitié s'exprime en faveur de la création d'un corps de solidarité. Cependant, à plusieurs reprises, le nom choisi par le rapport Brunner est qualifié de maladroit.

La recommandation tendant à un armement pour assurer sa propre défense est soutenue. Le contenu de la notion de «propre défense» sur le plan des armes et du

matériel n'est pas clair. Sur ce plan, les opinions sont divergentes.

Une minorité refuse la constitution d'un corps de solidarité équipé pour assurer sa propre défense avec les arguments suivants: des troupes suisses à l'étranger ne seraient pas conformes à la neutralité et devraient donc, par principe, être refusées; l'armée devrait se limiter à ses tâches essentielles à l'intérieur du pays, ce également pour des raisons d'ordre financier; la Commission Brunner exigerait sous une autre dénomination un bataillon de casques bleus que le peuple et les cantons ont refusé.

Neutralité

Une grande majorité s'exprime en faveur d'une application souple et pragmatique de la neutralité. La minorité motive sa prise de position négative par le danger que la Suisse court en étant entraînée dans des conflits internationaux si elle s'écartait du principe de la neutralité permanente.

Modèles de défense/modèles d'accomplissement du service

La recommandation selon laquelle une partie des militaires accomplirait désormais son service en un seul bloc est perçue de manière fortement positive.

Une professionnalisation partielle de l'armée est en principe saluée. Une majorité est d'avis que d'éventuels engagements à l'étranger devraient être menés par des cadres professionnels à partir d'un certain échelon. En particulier des milieux de la milice se posent la question de savoir dans quelle étendue une professionnalisation partielle aurait des répercussions négatives sur la qualité de l'ensemble de l'armée. Ces cercles exigent que l'on se limite au minimum absolu de cadres professionnels. Il est mis en évidence à plusieurs reprises que le cadre financier existant ne permettrait pas de grandes innovations dans ce domaine.

Différentes opinions sont en outre émises sur le service militaire obligatoire par opposition à l'obligation de servir. Pour une majorité, il est important que le service militaire soit accompli en priorité également à l'avenir. Une très petite minorité est d'avis qu'il y aurait lieu, lors de la prochaine réforme de l'armée, de supprimer l'obligation générale du service militaire en faveur d'une obligation générale de servir avec une possibilité de choix entre service militaire et protection de la population.

Gestion de crises

La question de la création d'un «conseil de sécurité» indépendant de l'administration n'éveille que peu d'intérêt.

La révision et l'extension proposées des tâches et des structures du service de renseignements rencontre, en majorité, une appréciation positive.

Réflexions générales

Une nouvelle armée serait, selon les circonstances, même plus coûteuse que l'actuelle. L'on craint qu'avec les programmes envisagés de promotion de la paix dans le cadre du PPP et avec les missions plus étendues dans le domaine de la protection de la population la réalisation de l'armée 200X ne soit possible que par le biais d'économies internes massives au détriment des tâches essentielles de la prévention de la guerre et de la défense.

La prochaine étape de transformation de l'armée devrait être mise à profit pour éliminer de manière conséquente des paradigmes surannés dans le domaine de l'instruction («les apprentis forment les apprentis») et pour préparer le terrain pour des modèles d'instruction innovateurs et efficaces.

Le système de milice, qui a fait ses preuves, devrait être maintenu. La mise sur pied de formations professionnelles cacherait le danger d'une armée à deux classes. Dans le cadre de programmes d'armement futurs, il y aurait lieu, dans la mesure du possible, de renoncer à des «helvétisations» très coûteuses.

Protection civile: les prises de position

JM. Une majorité claire s'identifie avec les propositions de la Commission Brunner. Elle s'exprime en faveur d'une délégation des compétences au niveau des cantons. L'on exige que la responsabilité globale et la coordination soient maintenues au niveau fédéral. L'exigence de la «cantonalisation» aurait déjà été remplie avec la réforme 95. Une minorité craint qu'une «cantonalisation» de la protection civile n'amène une différence de qualité selon les possibilités financières des cantons.

Pour ce qui est de la question d'une réduction massive des effectifs, les partisans et les adversaires se trouvent en équilibre. Les partisans approuvent une éventuelle réduction des effectifs dans la mesure où la compétence essentielle n'en est pas affectée. Les adversaires d'une nouvelle réduction craignent que le standard des prestations n'accuse une baisse. Ils portent l'attention sur la contradiction existant entre la menace potentielle provenant de missiles et la réduction exigée en matière d'effectifs qui équivaut, pour les milieux de la protection civile, à une réduction des prestations. ▀

Protection civile: les fantasmes de certains membres de la commission ne sont pas déterminants

Dans sa prise de position à l'adresse du DDPS, l'Union suisse pour la protection civile a protesté avec véhémence contre la déclaration par trop générale du rapport Brunner visant à une forte réduction des effectifs de la protection civile. Elle l'a fait dans les termes suivants: «La mission dicte les effectifs et non les fantasmes de certains membres de la Commission Brunner ou de certains médias. Il serait plus

sérieux d'attendre, avant de fixer concrètement les besoins en personnel de la protection civile, de disposer d'une définition des missions principales de la protection civile, resp. de la protection de la population, le cas échéant des partenaires (armée, sapeurs-pompiers, police).»

L'USPC constate aujourd'hui avec satisfaction que la majorité des prises de position confirment son opinion en matière de réduction des effectifs. Il faut d'abord procéder à une analyse étendue des besoins futurs de la protection de la population avant que l'on puisse se permettre de parler d'une réduction de personnel, entend-on en ténor.

Le département Ogi a également reçu de nombreux avis à propos des deux recommandations de la Commission Brunner touchant au plus fort et directement la protection civile. Vous trouverez ci-dessous ces recommandations dans leur teneur originale, suivies d'un résumé des prises de position transmises au DDPS.

Recommandation 16:

La Commission recommande de donner la compétence aux cantons d'organiser la protection civile selon leurs besoins, en étroite coordination avec les services techniques communaux et les sapeurs-pompiers. La Confédération doit se borner à fixer le cadre légal et à fournir des appuis ponctuels dans le domaine de la formation et de l'acquisition du matériel. Quant aux effectifs, ils doivent être fortement réduits. L'efficacité y gagnera grâce à une formation plus professionnelle et à une réelle motivation des hommes et des femmes engagés. L'obligation de servir pourrait à l'avenir concerner aussi bien la protection civile que l'armée. L'infrastructure des places d'abri et les équipements actuels seraient maintenus mais ne devraient plus être développés.

Prises de position relatives à la recommandation 16:

Presque deux tiers des prises de position transmises sont exemptes d'avis au sujet de cette recommandation.

Une majorité constate que les raisonnements de la commission vont en partie dans la bonne direction. Il ne sera possible de prendre valablement position à propos de certaines recommandations que lorsque l'on disposera d'une analyse des besoins futurs. Cette analyse devrait aller bien au-delà des limites de la protection civile existante, viser à une protection intégrale de la population. Là aussi, il faudra déterminer les compétences. Une interdépendance accrue entre la protection civile, les services de défense et les services techniques doit être étudiée. La

plupart des moyens d'intervention se trouvent aux échelons communal, régional et cantonal. C'est la raison pour laquelle il est de mise de s'efforcer de déléguer de plus en plus les compétences aux cantons, ce qui permettrait de disposer de moyens faits sur mesure en vue de l'aide en cas de catastrophe. La Confédération ne devrait cependant pas être tout à fait exempte de responsabilité. La protection de la population reste aussi l'affaire de la Confédération, qui doit rester compétente pour émettre les normes des ouvrages de protection, pour le matériel et pour les directives relatives à l'instruction. Cette instruction doit être, pour sa part, centralisée là où c'est nécessaire, elle doit être décentralisée là où c'est possible. Il faut rester fidèle au principe «à chaque habitant une place protégée». Il est prématuré de demander une réduction d'effectifs et, aujourd'hui, ce ne serait pas sérieux. Les missions futures montreront de quels effectifs il faut disposer.

Une minorité repousse la recommandation. A l'avenir, la qualité de la protection civile ne devrait pas dépendre des possibilités financières et de la volonté politique d'un gouvernement cantonal. Selon cette minorité, il faut s'opposer à la liberté de choisir si l'on veut servir dans la protection civile ou dans l'armée. Les recommandations visent à affaiblir la protection de la population. Il serait irresponsable de vouloir renoncer à ce qui provoque l'envie dans le monde entier.

Si l'on considère individuellement les quatre groupes d'évaluation, on constate que le groupe «cantons/partis/experts en politique de sécurité» approuve les recommandations à une majorité écrasante alors qu'une majorité du groupe des auditeurs refuse ces recommandations.

Recommandation 17:

La commission recommande de confier aux cantons de nouvelles compétences dans le cadre de la réorganisation de la protection civile. Les cantons doivent être également responsables des engagements visant à sauvegarder les conditions d'existence.

Prises de position relatives à la recommandation 17:

Une grande majorité est d'accord pour donner de nouvelles compétences aux cantons. Les opinions divergent sensiblement lorsqu'il s'agit de dire comment. Au sujet de la réorganisation de la protection civile telle qu'elle est recommandée, on retrouve les mêmes opinions que pour la recommandation 16.

La compétence des cantons en matière d'interventions pour sauvegarder les conditions d'existence est un domaine qui

Et voici l'avenir

JM. Le chef du DDPS Adolf Ogi lors de la présentation de la consultation:

«En août déjà, je vais donner une information sur les résultats obtenus, d'une part aux Commissions pour la politique de sécurité du Conseil national et du Conseil aux Etats, à tous les organes concernés par la procédure de consultation et d'autre part au public. De même, ce mois encore, le Comité de gestion et la Commission du Comité de gestion du DDPS seront occupés à l'évaluation de la consultation. J'en présenterai les résultats au Conseil fédéral, en même temps que les lignes directrices qui mèneront à un nouveau rapport du Conseil fédéral sur la politique de sécurité. Ce dernier document contiendra des données essentielles pour l'élaboration d'un rapport ainsi que les travaux préliminaires en vue d'une réforme des instruments de la politique de sécurité, dont entre autres l'armée et la protection de la population. Le Conseil fédéral traitera ce document en septembre, en une séance de clôture. Sous la direction de l'ambassadeur Anton Thalmann, un groupe de travail de l'administration fédérale élaborera le projet du rapport sur la politique de sécurité. Nous aurons ainsi en main la base du nouveau plan directeur de l'armée. Le but est un décret du Conseil fédéral, en juin 1999, concernant le rapport sur la politique de sécurité.»

donne encore libre cours à beaucoup de spéculations. Le libellé de la recommandation est trop ouvert et confus. La commission ne dit rien sur les domaines d'intervention possibles ni sur les structures organisationnelles. Seul le groupe des auditeurs rejette clairement cette recommandation.

Pour une politique suisse de sécurité crédible

Politique de sécurité 200X, Armée 200X, Protection de la population 200X, voici des notions qui sont toutes liées à l'insécurité. Cette insécurité pourrait porter préjudice à l'aptitude de ces institutions à rester des systèmes de milice. C'est pourquoi il faut que cette époque d'insécurité et de transition reste aussi brève que possible.

Il est réjouissant que pour les prochaines étapes, qui vont nous mener au nouveau rapport sur la politique de sécurité ainsi qu'à l'armée et à la protection de la population des temps qui suivront le changement millénaire, notre ministre de la défense et des sports Adolf Ogi se dépense à maîtriser la situation aussi rapidement que possible. Il en va de l'intérêt de tous les milieux concernés et de la crédibilité de la politique de sécurité de la Suisse.

I risultati della consultazione sul rapporto Brunner

Grande interesse per l'organizzazione della politica di sicurezza futura

JM. Uno dei 306 pareri pervenuti al DDPS nel quadro della procedura di consultazione sul rapporto della Commissione di studio Brunner per le questioni strategiche è stato presentato dall'Unione svizzera per la protezione civile, da diverse sue associazioni cantonali e da altre associazioni collegate con la protezione della popolazione. Secondo il Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport (DDPS) i numerosi pareri «contenevano chiare affermazioni sulla politica di sicurezza futura della Svizzera».

L'interesse nei confronti del rapporto Brunner era e rimane molto forte, come dimostrano chiaramente i numerosi pareri pervenuti al DDPS. Dopo la fase di consultazione – durata circa quattro mesi – seguita alla presentazione del rapporto del 20 febbraio, in luglio un gruppo sotto la guida del «Gruppo esercito 200X» del dipartimento di Adolf Ogi ha effettuato una valutazione delle opinioni giunte con un lavoro molto intenso. Qui di seguito riportiamo le valutazioni che riguardano in particolare la protezione civile in merito alle raccomandazioni 16 e 17 della commissione.

Protezione civile: non sono determinanti i desideri di alcuni membri della commissione

Nella sua presa di posizione rivolta al DDPS l'Unione svizzera per la protezione civile ha respinto decisamente la proposta semplicistica del rapporto Brunner secondo cui gli effettivi della protezione civile si devono «ridurre in misura massiccia» e ha sostenuto invece che: «È il mandato che determina gli effettivi e non i desideri di alcuni membri della commissione Brunner o di alcuni mass media. Le esigenze di personale della protezione civile si possono fissare concretamente solo quando sono date le definizioni dei mandati fondamentali affidati alla protezione civile o alla protezione della popolazione e ai loro partner nel soccorso d'emergenza (esercito, pompieri, polizia) ecc.»

L'USPC può constatare con piacere che la maggioranza delle istanze consultate con-

Protezione civile: le prese di posizione

JM. Una chiara maggioranza si identifica con le proposte della Commissione Brunner. Essa si pronuncia a favore di una delega di competenze a livello di Cantoni. Si chiede che la responsabilità globale e il coordinamento restino a livello di Confederazione. La richiesta «cantonalizzazione» sarebbe già stata realizzata con la Riforma 95.

Una minoranza teme che nel caso di una «cantonalizzazione» della protezione civile, la qualità potrebbe diminuire in maniera variabile, a seconda delle possibilità finanziarie dei Cantoni.

Per quanto riguarda la questione di una massiccia riduzione degli effettivi, i favorevoli e i contrari sono in situazione di parità. I favorevoli approvano una eventuale riduzione degli effettivi se il nucleo di competenze non è toccato. I contrari temono una nuova riduzione, poiché in tal caso lo standard delle prestazioni potrebbe diminuire. Essi rilevano la contraddizione tra l'acuirsi di una potenziale minaccia missilistica e la richiesta riduzione degli effettivi, che negli ambienti della protezione civile è equiparata a una diminuzione delle prestazioni. ▣

divide il suo parere per quanto riguarda la riduzione degli effettivi. Il contenuto generale delle affermazioni è il seguente: prima di parlare di un'eventuale riduzione del personale occorre effettuare un'analisi delle esigenze future di una protezione della popolazione completa.

Raccomandazione 16:

La commissione raccomanda di dare la competenza ai Cantoni di organizzare la protezione civile secondo i loro bisogni, in stretto coordinamento con i servizi tecnici comunali e i corpi pompieri. La Confederazione deve limitarsi a stabilire il quadro legale e a fornire un supporto puntuale nel campo dell'istruzione e dell'acquisto del materiale. Per quanto riguarda gli effettivi, essi devono essere fortemente ridotti. L'efficacia aumenterà grazie a un'istruzione più professionale e a una reale motivazione degli uomini e delle donne impegnato. In avvenire, l'obbligo di prestare servizio potrebbe essere assolto tanto nella protezione civile quanto nell'esercito. L'infrastruttura dei rifugi e gli equipaggiamenti attuali sarebbero mantenuti ma non dovrebbero più essere ampliati.

Consultazione sulla raccomandazione 16: Circa un terzo dei pareri pervenuti non contengono affermazioni su questo tema. La maggioranza constata che le riflessioni della commissione vanno almeno parzial-

mente nella giusta direzione. Per alcune delle raccomandazioni si può avere un'opinione precisa solo dopo aver effettuato un'analisi delle esigenze future. Questa analisi deve andare molto al di là del semplice tema dell'attuale protezione civile e mirare piuttosto a una protezione della popolazione completa. Anche in questo settore occorrerebbe fissare le competenze fondamentali. Si dovrebbe esaminare la possibilità di una collaborazione globale rafforzata tra la protezione civile, i corpi pompieri e i servizi tecnici. Dato che gli strumenti d'intervento si trovano soprattutto a livello comunale, regionale e cantonale, la proposta di delegare maggiori competenze ai Cantoni viene accolta favorevolmente. In tal modo si potrebbero creare strumenti «su misura» per l'aiuto di catastrofe. Questo non significa che la Confederazione sarebbe esonerata da ogni responsabilità perché la protezione della popolazione rimane anche un compito federale, soprattutto per quanto riguarda la determinazione di standard per le costruzioni protettive e il materiale e per la redazione di direttive d'istruzione. L'istruzione deve essere organizzata in maniera centralizzata per quanto necessario e decentralizzata per quanto possibile. Bisogna sempre rispettare il principio «Un posto protetto per ogni abitante». La richiesta di una riduzione degli effettivi è prematura e poco seria, allo stato attuale delle cose. Saranno i mandati futuri a

determinare quali sono gli effettivi necessari.

La minoranza respinge le raccomandazioni sostenendo che la qualità della protezione civile non può dipendere dalle possibilità finanziarie e dalla volontà politica dei singoli governi cantonali. Andrebbe respinta anche la possibilità di assolvere l'obbligo di servizio nella protezione civile o nell'esercito. Le raccomandazioni proposte mirerebbero ad indebolire la protezione della popolazione e sarebbe un atto irresponsabile ridurre qualcosa che tutto il mondo ci invidia.

Considerando i singoli gruppi di valutazione, si constata che il gruppo «Cantoni/Partiti/Esperti di politica di sicurezza» ha approvato le raccomandazioni a grande maggioranza, mentre la maggioranza delle persone richieste respinge questa raccomandazione.

Raccomandazione 17:

La commissione raccomanda di conferire ai Cantoni nuove competenze nel quadro della riorganizzazione della protezione civile. I Cantoni devono anche essere responsabili degli impieghi destinati alla preservazione delle condizioni d'esistenza.

Consultazione sulla raccomandazione 17: La grande maggioranza è d'accordo con la commissione sulla necessità di assegnare nuove competenze ai Cantoni. Ci sono invece pareri divergenti sul «come». Per la riorganizzazione della protezione civile proposta valgono le stesse affermazioni fatte in rapporto alla raccomandazione 16. La competenza dei Cantoni per gli «impieghi destinati alla preservazione delle condizioni d'esistenza» è formulata in modo troppo vago e oscuro e la commissione non accenna affatto ai possibili campi d'azione e alle strutture organizzative.

Per una politica di sicurezza svizzera convincente

«Politica di sicurezza 200X, Esercito 200X, Protezione della popolazione 200X»: si tratta di progetti tutti caratterizzati da una

certa insicurezza che potrebbe compromettere anche la capacità del sistema di milizia. Per questo è necessario ridurre a un minimo questo periodo di insicurezza e di passaggio.

Siamo lieti di constatare che il ministro responsabile della difesa e dello sport, Adolf Ogi, si sta impegnando per portare avanti il più rapidamente possibile il processo in diverse tappe allo scopo di redigere un nuovo rapporto sulla politica di sicurezza, sull'esercito e sulla protezione della popolazione, rapporto che dovrebbe essere valido per il periodo a partire dal 2000. ▀

E così andiamo avanti

JM. Così il capo del DDPS Adolf Ogi ha presentato i risultati della consultazione:

«Ancora in questo mese di agosto comunicherò i risultati della procedura di consultazione alle commissioni di politica di sicurezza del Consiglio nazionale e del Consiglio degli Stati, a tutti gli interessati e all'opinione pubblica. Sempre in questo mese la direzione e la commissione direttiva del DDPS si stanno occupando della valutazione della consultazione. Presenterò i risultati al Consiglio federale insieme alle direttive politiche per un nuovo rapporto del Consiglio federale sulla politica di sicurezza. Tali direttive contengono le basi per l'elaborazione del rapporto e i lavori preparatori per la riforma degli strumenti della politica di sicurezza, tra i quali l'esercito e la protezione della popolazione. Il Consiglio federale esaminerà queste direttive in una riunione riservata in settembre.

Un gruppo di lavoro guidato dall'ambasciatore Anton Thalmann si occuperà di elaborare il rapporto sulla politica di sicurezza che rappresenta anche la base per un nuovo concetto direttivo dell'esercito. L'obiettivo è che il Consiglio federale approvi il rapporto nel giugno 1999.» ▀

Neu in unserem Verkaufssortiment

Aufgrund der grossen Nachfrage haben wir ab sofort wieder anzubieten:

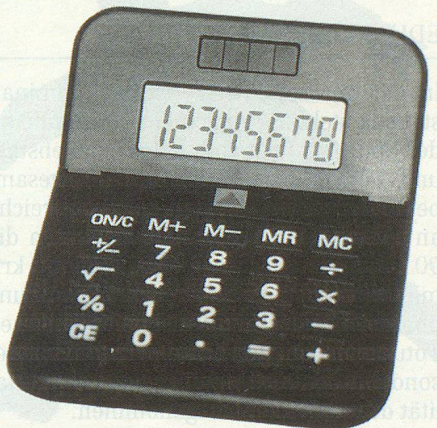


Rucksack in Textilausführung

dunkelblau, sehr geräumig, 3 Aussentaschen. Auch geeignet für Sport.

Preis Fr. 34.-

Ebenfalls neu im Sortiment führen wir:



einen schönen und praktischen

Solar-Tischrechner

mit Gummitasten und grossem Display, schwarz, 10x14 cm

Preis Fr. 15.-

Bestelladresse:

Schweizerischer Zivilschutzverband
Postfach 8272, 3001 Bern,
Telefon 031 381 65 81, Fax 031 382 21 02

Bestellung:

Vorname: _____

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

Information ist wichtig!

Wollen nicht auch Sie immer auf dem neuesten Stand sein?

Dann werden Sie doch ganz einfach Mitglied beim Schweizerischen Zivilschutzverband!

Die Zeitschrift «Zivilschutz» erhalten Sie dann gratis nach Hause geschickt!

Telefon 031 381 65 81